

*Machačová, Jana/Matějček, Jiří: Sociální pozice národnostních menšin v českých zemích 1918-1938 [Die soziale Stellung der nationalen Minderheiten in den böhmischen Ländern 1918-1938].*

Slezský ústav Slezského zemského muzea, Opava 1999, 289 S.

Bekanntlich war der Nationalstaat der Tschechoslowaken eigentlich ein Nationalitätenstaat; die ethnischen Minderheiten drückten dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Ersten Tschechoslowakischen Republik im positiven wie im negativen Sinn einen markanten Stempel auf. Jana Macháčová und Jiří Matějček's Untersuchung der sozialökonomischen Physiognomie der Polen, der Juden und der Deutschen in der ČSR ist schon aus diesem Grund verdienstvoll. Sie erstreckt sich weit zurück in die Zeit der Habsburgermonarchie: schließlich konnte nur so die Entwicklung der Zwischenkriegszeit in mittel- und langfristige Trends eingebunden werden. ‚Soziale Position‘ meint das Ensemble der zentralen wirtschafts- und sozialstatistischen Indikatoren: die basalen demographischen Strukturen und Trends, die Gliederung in Wirtschaftssektoren bzw. Berufsgruppen und die materielle Lage. Messlatte für die Einordnung der Befunde ist das Sozialprofil der tschechischen Mehrheit. Von Belang ist nicht nur die ‚objektive‘, sondern auch die ‚gefühlte‘ Lage; Fluchtpunkte der Darstellung sind die aus Sichtweisen und Befindlichkeiten erwachsenden gesellschaftlichen Problemzonen und Bruchlinien und deren potenziell destabilisierende politische Konsequenzen.

Die Untersuchung steht in der ruhmreichen Forschungstradition des Slezský ústav. Sie beeindruckt durch die dort übliche hohe begriffliche Prägnanz und durch methodische Professionalität in der Bewältigung erheblicher Datenmengen. Auch besitzen die Autoren ein waches Ohr für den allfälligen nationalpolitischen Bias ihrer Quellen. Zwar verändern die Ergebnisse der Studie das Bild der Ersten Republik nicht grundstürzend; manches ist gerade aus früheren Veröffentlichungen des Slezský ústav bekannt. Bislang vages oder stückwerkartiges Wissen wird aber doch, auf breiter Quellengrundlage und in intensiver Diskussion mit der Literatur, präzisiert und ergänzt, neu fundiert, zusätzlich abgesichert und eingeordnet. Entstanden ist so ein für zukünftige Forschungen zur Ersten Republik unentbehrliches Kompendium, das die – unterschiedlich modernen – sozialökonomischen Profile der Minderheiten – und en passant der tschechischen Mehrheit – plastisch herausarbeitet und synoptisch präsentiert.

Aus der unmöglich im Detail zu diskutierenden Vielfalt der Ergebnisse ragt ein zentrales Argument heraus: der notorische sozialökonomische Positionsverlust der Deutschen in der Ersten Republik sei in erster Linie langfristigen, bereits vor 1914 wirksamen Faktoren geschuldet. Auf den ersten Blick mag dies erstaunen: waren die Deutschen in Böhmen und Mähren doch die zahlenmäßig stärkste nichtslawische Bevölkerungsgruppe, ihre Wirtschaft früh industrialisiert, ihre Sozialstruktur differenziert und wohlabgerundet, ihre Elite agil. Die kompakte Siedlung erleichterte den inneren Zusammenhalt und die Identitätsbildung, die geographische Nachbarschaft zu Deutschland ermöglichte die enge Anlehnung an die (reichs-)deutsche Kultur, als deren Vermittler an die Tschechen die böhmischen Deutschen seit jeher fungierten.

Auf den zweiten Blick aber entwickelten sich die demographischen Trends bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts ungünstig; die niedrige Natalität sorgte für eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, längerfristig dann für das Absinken des deutschen Bevölkerungsanteils. Als kontraproduktiv erwies sich ausgerechnet die frühe Industrialisierung der deutschen Gebiete. Hier waren kapitalschwache Leichtindustrien mit vorzugsweise klein- und mittelbetrieblicher Struktur und überaus starker Exportorientierung entstanden. An der industriegeschichtlich späteren – und deshalb moderneren – Welle der innerböhmisch-tschechischen Industrialisierung nahmen die Deutschen kaum teil; bereits um die Jahrhundertwende verkörperten sie in Böhmen nicht mehr die ökonomische Avantgarde. Die exorbitante Arbeitslosigkeit der sudetendeutschen Gebiete in der Weltwirtschaftskrise war dann nicht durch nationaltschechische Ranküne bewirkt, sondern in erster Linie Folge der veralteten industriellen Strukturen.

Die sektorale Zusammensetzung der tschechischen Wirtschaft hingegen erfuhr zwischen 1910 und 1930 einen Modernisierungsschub; die tschechische Gesellschaft entagrarisierete und urbanisierte sich überaus zügig. Waren die Deutschen durch den Umsturz ihrer Vorzugsstellung als Staatsnation der Monarchie verlustig gegangen, so hob die Staatsgründung auf der Gegenseite das Selbstbewusstsein: dies war Vorbedingung weiterer wirtschaftlicher und kultureller Expansion. Dass für die relative und absolute Schmälerung der deutschen Position in der ČSR auch die veränderten politischen Rahmenbedingungen mitverantwortlich waren, stellen die Autoren nicht in Abrede; unstreitig wurde der alte Konkurrenzkampf nach 1918 unter neuen, für die tschechische Seite sehr viel günstigeren Bedingungen fortgesetzt. Zu Recht erkennen Macháčová und Matějček aber den langfristig wirkenden demographischen und ökonomischen Faktoren klare Priorität zu.

Vor diesem Hintergrund verwundert dann allerdings die Charakterisierung des tschechischen Wirtschaftsnationalismus als planmäßig und hochaggressiv. Ungeachtet aller unstreitigen Benachteiligungen der Deutschen durch die Regierungspolitik fand in der Wirtschaft der Ersten Republik nicht einfach ein Verdrängungskampf ‚Tschechen gegen Deutsche‘ statt; nationale Bruchlinien wurden häufig durch übernationale Interessen-, Aktions- und Profitgemeinschaften überwölbt. So erhöhte etwa die – politisch erwünschte – Einräumung von Kapitalbeteiligungen nationaltschechischer Banken an deutschen Unternehmen das Interesse gerade der tschechischen Seite am Wohlergehen dieser Betriebe. Hier ziehen die Autoren die Konfliktlinien zu scharf; Akteure bzw. Interessenlagen werden zu schematisch definiert. Sicherlich würde die hier erforderliche akribische Analyse komplexer, unübersichtlicher, von den Konjunkturen der großen Politik abhängiger Konstellationen den Rahmen der Untersuchung sprengen. Im gegebenen Fall wäre dann aber eine Beschränkung auf das sozialstatistische Kerngeschäft ratsam gewesen.